

# Mieten steigen, Sozialwohnungen brechen weg

Warum eine Abgeordnete aus Trier davor warnt, dass sich immer weniger Menschen das Leben in den vier Wänden leisten können.

VON FLORIAN SCHLECHT

**TRIER/MAINZ** Wo in Rheinland-Pfalz die Mieten weiter steigen, sinkt die Zahl an bezahlbaren Wohnungen, in denen Menschen mit niedrigem Einkommen leben können. Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Trierer Bundestagsabgeordneten Katrin Werner zeigt, gab es im Jahr 2008 noch 80 348 gebundene soziale Wohnungen in Rheinland-Pfalz. 44 051 zählte das Land dagegen nur noch im vergangenen Jahr – ein Rückgang von rund 45,2 Prozent und der niedrigste Wert in dem gesamten abgefragten Zeitraum.

**„Bezahlbarer Wohnraum wird für viele Menschen in Rheinland-Pfalz zunehmend zur Mangelware.“**

**Katrin Werner**  
Bundestagsabgeordnete der Linken aus Trier

Hintergrund des Einbruchs: Bei vielen Immobilien, die vor 40 oder 50 Jahren öffentlich gefördert wurden, seien Darlehen inzwischen vollständig abbezahlt, teilt das rheinland-pfälzische Finanzministerium mit. Die Folge: Immobilien verlieren dann ihren Status als Sozialwohnung, Eigentümer dürfen diese dann für mehr Geld vermieten und machen davon in der Regel auch Gebrauch. „Bezahlbarer Wohnraum wird für viele Menschen in Rheinland-Pfalz zunehmend zur Mangelware“, warnt die Linken-Bundestagsabgeordnete Werner, die zugleich steigende Mieten in Städten und dem Umland beklagt. Zahlen, die die Triererin bei der Bundesregierung abgeklopft hat, belegen, wie teuer Wohnen zwischen den Jahren 2010 und 2020 im Land geworden ist. So sind in dem Zeitraum die Nettokaltmieten in der Stadt Trier von 6,66 Euro pro Quadratmeter auf 8,93 Euro gestiegen. Im Kreis Trier-Saarburg schnellten die Kosten von 5,42 Euro auf 7,39 Euro hoch, wenn Immobilien das erste Mal oder neu vermietet wurden. Werner spricht alleine in Städten wie Koblenz von 58 Prozent, um die Angebotsmieten in den vergangenen zehn Jahren gestiegen seien. Die Politikerin nennt das eine „Mietpreisexlosion“.

Mehr sozialer Wohnungsbau ist eine Konsequenz, die die Linke vom Land fordert. „Durch die hohen Mie-



In Metropolen wie Berlin braucht es mehr sozialen Wohnungsbau, aber auch in großen Teilen der Region.

FOTO: DPA

ten und den Mangel an Sozialwohnungen werden Menschen mit geringem Einkommen verdrängt. Hier besteht großer Handlungsbedarf“, sagt Werner unserer Zeitung. Die Landesregierung betont, der sozialen Wohnraumförderung wieder stärkere Bedeutung verliehen zu haben, nachdem der Markt noch um die Jahrtausendwende entspannt gewesen sei. In der vergangenen Legislaturperiode förderte das Land nach eigenen Angaben mehr als 12 500 soziale Wohneinheiten mit Darlehen und Zuschüssen von mehr als einer Milliarde Euro, sagt eine Sprecherin des SPD-geführten Finanzministeriums. Das Ziel, 20 000 soziale Wohnungen zu fördern, wie es im Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grünen stand, hat das Land aber verpasst. Das Ministerium spricht allerdings von steigenden Ausgaben in der sozialen Wohnraumförderung und ver-

weist darauf, Konditionen verbessert zu haben. Bei Mietwohnungen führe das dazu, dass bis zu 30 Prozent der Förderdarlehen nicht zurückgezahlt werden müssten. 337 Millionen Euro seien im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz in soziale Wohnraumförderung geflossen, „das bislang höchste Zuschuss- und Kreditvolumen“, heißt es aus Mainz. In diesem Jahr sehe der Haushalt 375 Millionen Euro vor. „Dieser Betrag soll verstetigt und über die gesamte Legislaturperiode fortgesetzt werden“, sagt eine Sprecherin des Ministeriums mit Blick auf die laufende Wahlperiode bis 2026.

Um auch Flächen zu haben, um soziale Wohnungen zu schaffen, will das Land mit Kommunen weiter Verhandlungen schließen. Mit Trier, Ludwigshafen, Mainz, Speyer und Landau haben bislang fünf Städte in Rheinland-Pfalz eine Kooperation mit dem Land geschlossen,

in neuen Baugebieten mindestens 25 Prozent an sozialem Wohnraum zu schaffen. Der neue Koalitionsvertrag setze einen klaren Schwerpunkt darauf, „dass das Wohnen für alle Menschen bezahlbar und lebenswert bleibt und zwar sowohl in der Stadt als auch auf dem Land“, heißt es von der Landesregierung.

Dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Land greifen die Pläne zu kurz. Myriam Lauzi, Expertin für Wohnungs- und Immobilienpolitik, fordert eine Aufstockung der Fördermittel, aber auch mehr Personal in Baubehörden, um das Geld tatsächlich auch ausgeben zu können. Um Bauland vorzuhalten, sei es wichtig, flächendeckend kommunale Wohnbaugesellschaften zu schaffen, „damit die öffentliche Hand dauerhaft, auch nach Auslaufen von Bindungen, günstige Mieten sichern kann“, sagt Lauzi. DGB-Landeschef Muscheid fordert, 15 Prozent

des Wohnungsbestands in öffentlicher Hand zu halten (siehe Extra).

Die Linken-Politikerin Katrin Werner pocht dazu auf einen deutschlandweiten Mietendeckel für angespannte Wohnungsmärkte, nachdem das Verfassungsgericht diesen im Land Berlin gestoppt hatte, weil der Bund für das Mietrecht zuständig sei. „Die bestehenden bundesgesetzlichen Regelungen, die die Preisentwicklung bremsen sollen, sind viel zu löchrig und offensichtlich wirkungslos“, tadelt die Triererin. Das Land betont, rechtlich mögliche Instrumente bereits zu nutzen, um Mietpreissteigerungen in angespannten Wohnungsmärkten zu dämpfen. Dazu zählt es Mietpreisbremse und Kappungsgrenzen. „Der neue Koalitionsvertrag sieht vor, diese Instrumente zu evaluieren und auf dieser Grundlage zu entscheiden, wie weiter zu verfahren ist“, so eine Sprecherin.

## EXTRA

### Kreise steigen in Wohnungsbau ein

(dpa/rn.) Kreiswohnungsbaugesellschaften sollen in Rheinland-Pfalz dazu beitragen, mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen. „Die Landesregierung hat erkannt, dass es gerade in den rheinland-pfälzischen Städten und Ballungsgebieten an bezahlbarem Wohnraum fehlt“, sagte DGB-Landeschef Dietmar Muscheid. Die Ampelkoalition habe daher unter anderem die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kreiswohnungsbaugesellschaften gegründet werden könnten. Mit dieser Neuauslegung der Landkreisordnung könnten sich nun einzelne Kommunen innerhalb eines Kreises an gemeinsamen Wohnungsbaugesellschaften beteiligen.

Vorreiter ist eine Wohnungsbaugesellschaft, die in diesem Jahr im Kreis Mainz-Bingen gegründet werden soll. Der Vertrag müsse noch ausgearbeitet und ein Geschäftsführer gefunden werden, sagte Kreissprecher Barido Faust. Die Kommunen müssten die Flächen einbringen und gründeten dann mit der Kreiswohnungsbaugesellschaft eine Untergesellschaft für das Projekt, die als Bauherr fungiert, den Bau vorfinanziert und über die Expertise verfügt. „Die Kommunen schaffen das nicht allein“, sagt Faust – gerade mit Blick auf kleinere Gemeinden. DGB-Landeschef Muscheid fordert: „Ziel muss es sein, in den Städten zukünftig mindestens 15 Prozent des Wohnungsbestands in öffentlicher Hand zu halten, um eine Marktmacht zu erlangen, die echten Einfluss auf die Entwicklung der Mietpreise entfaltet.“ Dafür wünsch er sich eine umfassende Strategie des Landes. In Trier hat die Projektgesellschaft Wohnen in Trier (WIT) die Rechtsform einer GmbH. 49 Prozent der Anteile hält die Stadt Trier. Mehrheitseigner mit 51 Prozent ist die Wohnungsbaugesellschaft Treuhand AG (GBT) Trier, die bislang die städtischen Wohnungen verwaltet hat. Die GBT hat sich verpflichtet, in den kommenden 20 Jahren die städtischen Wohnungen mit starkem Sanierungsbedarf instand zu setzen oder, falls das nicht möglich ist, Ersatz zu schaffen.

## Kardinal Woelki soll nicht firmen

Vom Missbrauchsskandal besonders betroffene Gemeinde lädt Chef des größten deutschen Bistums aus und plant Demo.

VON CHRISTOPH DRIESSEN

**DÜSSELDORF/KÖLN** (dpa) Mehr als 140 Mitglieder einer Düsseldorfer Kirchengemeinde protestieren dagegen, dass der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki bei ihnen Jugendliche firmen will. In einem offenen Brief schreiben sie dem Chef des größten deutschen Bistums: „Sie sind für uns – leider – nicht mehr glaubwürdig. Wir haben das Vertrauen verloren, dass mit Ihnen als Erzbischof ein wirklicher Neuanfang gelingen kann.“

Deshalb solle Woelki einen anderen Priester damit beauftragen, am 9. Juni 17 Jugendliche in der Gemeinde St. Margareta zu firmen – ein Ritual, mit dem nach katholischem Verständnis die Verbindung mit der Kirche gestärkt wird. Das Erzbistum Köln wollte dazu am Pfingstweekenende keine Stellungnahme abgeben. Das Erzbistum befindet sich seit vielen Monaten in einer tiefen Krise, die sich unter anderem in einer Welle von Kirchenaustritten spiegelt. Die Gemeinde St. Margareta ist von dem Missbrauchsskandal besonders betroffen: Zwei Pfarrer, die des Missbrauchs verdächtigt

werden, waren hier tätig – einer ist mittlerweile gestorben. In beiden Fällen wird Woelki vorgeworfen, zu lange seine schützende Hand über die Priester gehalten zu haben.

Der Strafrechtler Björn Gercke hat Woelki in seinem im März vor-

gestellten Gutachten allerdings von Pflichtverletzungen freigesprochen. Die Unterzeichner des offenen Briefs meinen jedoch, dass eine nur juristische Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs nicht ausreicht: „Wir brauchen auch

eine systematische, moralische und theologische Aufarbeitung.“

Bereits am Donnerstag will Woelki in St. Margareta mit Mitgliedern des Pfarrgemeinderats und anderen Teilnehmern sprechen, um auf den entstandenen Unmut zu reagieren. Der Pfarrgemeinderat hat dazu auf-

**„Sie sind für uns – leider – nicht mehr glaubwürdig. Wir haben das Vertrauen verloren, dass mit Ihnen als Erzbischof ein wirklicher Neuanfang gelingen kann.“**

Mitglieder einer Kirchengemeinde



Er steht in der Kritik und verliert Vertrauen: Kardinal Rainer Maria Woelki, der auf dem Bild im Ostergottesdienst im Kölner Dom predigt.

FOTO: DPA

gegen eine Mauer prallen.“ Der Münchner Kardinal Reinhard Marx forderte dagegen an Pfingsten von der katholischen Kirche Mut zur Erneuerung. Die Einheit der Kirche bedeute „nicht Uniformität, sondern die Öffnung eines Raumes für einen vielgestaltigen Weg“, schrieb der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz im „Straubinger Tagblatt“.

## Mehr Luxemburger als Franzosen in Rheinland-Pfalz

**BAD EMS** (dpa/Irs) Obwohl ihr Heimatland klein ist, hat die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Luxemburger die der Franzosen überflügelt.

9470 Luxemburger wohnten 2019 in Rheinland-Pfalz, wie das Statistische Landesamt in Bad Ems mitteilte. Im Jahr 2009 waren es noch lediglich 4906 gewesen. Die Zahl der hiesigen Franzosen stieg derweil von 7482 auf 8375.

Genauso wie Luxemburg und Frankreich grenzt auch Belgien an Rheinland-Pfalz an – die Zahl der hier lebenden Belgier lag 2009 bei 1685 und zehn Jahre später bei 2480.

Zahlreiche Luxemburger sind wegen niedrigerer Immobilienpreise in rheinland-pfälzische Grenzregionen wie im Raum Trier gezogen. Sie arbeiten aber weiterhin im weltweit einzigen Großherzogtum, wo Preise für Mieten und Bauland deutlich höher sind.

Insgesamt hat Rheinland-Pfalz fast 4,1 Millionen Einwohner. In den vergangenen Jahren ist die landesweite Bevölkerung gewachsen.

Produktion dieser Seite:  
Florian Schlecht